





Ministerium für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung

Der Minister

Thüringer Ministerium für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung, Steigerstr, 24, 99096 Erfurt

Präsident des Thüringer Landtages Herrn Dr. Thadäus König Jürgen-Fuchs-Straße 1 99096 Erfurt **Georg Maier**

Durchwahl: Telefon 0361/57-3313-103 Telefax 0361/57-3313-108

georg.maier @ tmikl.thueringen.de

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen: (bitte bei Antwort angeben)

Erfurt, 17.07.2025

Kleine Anfrage Nr. 843 des Abgeordneten Mühlmann (AfD) - Antisemitische Straftaten im Jahr 2024 -

Sehr geehrter Herr Präsident,

die o. a. Kleine Anfrage beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Vorfälle sind Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen. Unter Hinweis auf Artikel 67 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen und § 479 Absatz 1 der Strafprozessordnung wird insbesondere aus Datenschutzgründen (Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung nach Artikel 2 Absatz 1 i. V. m. Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz, Artikel 6 Absatz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen, § 2 Absatz 7 ThürDSG) und vor dem Hintergrund der im Strafverfahren zu beachtenden Unschuldsvermutung (Artikel 6 Absatz 2 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten) von weiteren als nachstehenden Angaben abgesehen (vgl. auch Beschluss des Thüringer Oberverwaltungsgerichts vom 5. März 2014, Az.: 2 EO 386/13).

Frage 1:

Wie viele antisemitische Straftaten wurden im Jahr 2024 polizeilich erfasst (monatliche Gliederung nach Landkreisen/kreisfreien Städten, anonymisierter Sachverhaltsbeschreibung, Deliktsbezeichnung, möglichen Tatverdächtigen [Alter und Staatsangehörigkeit] und gegebenenfalls Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität)?



Informationen zum Umgang mit Ihren Daten im Thüringer Ministerium für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung finden Sie im Internet unter https://innen.thueringen.de/wir/datenschutz/. Auf Wunsch übersenden wir Ihnen eine Papierfassung.

Antwort:

Im Jahr 2024 sind im Freistaat Thüringen insgesamt 226 als antisemitisch bewertete Straftaten bekannt geworden. Davon wurden 217 Straftaten dem Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) -rechts-, acht Straftaten dem Phänomenbereich der PMK -ausländische Ideologie- und ein Delikt dem Phänomenbereich der PMK -links- zugeordnet. Es wurden insgesamt 144 Tatverdächtige ermittelt. Statistische Daten zu den einzelnen Sachverhalten liegen nicht vor. Von einer händischen Erhebung der 226 Einzelsachverhalte wurde wegen des unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwands abgesehen. Weitere Einzelheiten im Sinne der Fragestellung sind den Anlagen 1 und 2 zu entnehmen.

Frage 2:

Wie viele der antisemitischen Straftaten im Jahr 2024 führten zu Anklagen und in wie vielen Fällen kam es zu Verurteilungen?

Antwort:

Antisemitische Straftaten werden bei den Staatsanwaltschaften des Freistaates zahlenmäßig erfasst und statistisch ausgewertet. Die Einstufung einer Tat als antisemitisch durch die Staatsanwaltschaft muss wegen unterschiedlicher Erfassungskriterien oder des fortgeschrittenen Ermittlungsstandes nicht unbedingt mit der Bewertung durch die Polizei übereinstimmen.

Die vorgenannte Statistik umfasst nicht die Anzahl der erhobenen Anklagen. Die Summe der Verurteilten, Freigesprochenen und der Beschuldigten, gegen die sonstige gerichtliche Entscheidungen ergingen, kommt der Anzahl der erhobenen Anklagen jedoch sehr nahe. Die Statistik enthält insoweit allerdings nur Aussagen zu den im jeweiligen Zeitraum abgeschlossenen Verfahren.

Bei den Staatsanwaltschaften Erfurt, Gera, Meiningen und Mühlhausen anhängige Verfahren wegen rechtsextremistischer Taten, die einen antisemitischen Bezug aufwiesen, wurden im Jahr 2024 gerichtlich wie folgt beendet:

		Beschuld	digte
Staatsanwaltschaft	Verurteilte	Freige- sprochene	sonst. gerichtliche Entscheidung
Erfurt	2	0	0
Gera	1	0	0
Meiningen	5	0	2
Mühlhausen	5	0	0

Frage 3:

Welche der Tatverdächtigen verfügen über mehr als eine Staatsangehörigkeit und falls ja, über welche?

Antwort:

Statistische Daten zu Mehrstaatigkeiten im Sinne der Fragestellung liegen nicht vor.

Im Übrigen wird auf die Anlage 2 verwiesen.

Frage 4:

Bei wie vielen antisemitischen Straftaten im Jahr 2024 erfolgte die Zuordnung zum Phänomenbereich "Politisch motivierte Kriminalität -rechts-" (PMK -rechts-), obwohl der oder die Täter unbekannt war bzw. waren beziehungsweise weil keine gegenteiligen Tatsachen zur Tätermotivation vorlagen?

Antwort:

In keinem der Fälle ist eine Zuordnung im Sinne der Fragestellung erfolgt.

Frage 5:

Welche Maßgaben gelten für die polizeiliche Zuordnung antisemitischer Straftaten zum Phänomenbereich "PMK -rechts-" bei unbekannten Tätern?

Antwort:

Eine Zuordnung von Straftaten zu einem Phänomenbereich der PMK erfolgt anhand der Kriterien des polizeilichen Definitionssystems PMK. Bei unbekannten Tätern erfolgt eine Zuordnung in Würdigung der Umstände der Tat.

Frage 6:

Auf welcher rechtlichen oder verwaltungspraktischen Grundlage erfolgt die Bewertung, ob Kritik an prominenten Personen, etwa im Finanz- oder Gesundheitsbereich, als antisemitisch eingestuft wird, wenn sich diese Kritik ausdrücklich auf deren öffentliches Handeln bezieht und nicht auf deren ethnischreligiöse Zugehörigkeit oder deren Staatsangehörigkeit?

Antwort:

Die Grundlage für die Bewertung, ob Kritik an prominenten Personen antisemitisch ist, basiert auf der Analyse der Formulierungen und der versteckten Botschaften im Kontext historischer und gesellschaftlicher Zusammenhänge. Berechtigte Kritik mit sachlichem Bezug, die nicht darauf abzielt, die kritisierte Person zu diffamieren oder sonst herabzuwürdigen, wird nicht als antisemitisch bewertet.

Frage 7:

Welche Definitionen und Kriterien werden von den zuständigen Behörden wie Polizei, Verfassungsschutz und Justiz zur Unterscheidung verschiedener Formen von Antisemitismus wie israelbezogenem Antisemitismus, religiös motiviertem Antisemitismus oder antisemitischen Verschwörungsideologien herangezogen und auf welchen wissenschaftlichen, völkerrechtlichen oder verwaltungspraktischen Grundlagen basieren diese?

Antwort:

Im Freistaat Thüringen wird von der Polizei zur Begriffsbestimmung von Antisemitismus die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) herangezogen. Auch die bundeseinheitlichen justiziellen Statistiken unterscheiden keine verschiedenen Formen des Antisemitismus.

Frage 8:

Welche Maßnahmen wurden im Bildungsbereich im Jahr 2024 zur Bekämpfung von Antisemitismus durchgeführt, etwa durch Programme, Schulprojekte oder Fortbildungen für Lehrkräfte, und welche Institutionen, Organisationen oder staatlichen Stellen waren jeweils für die Durchführung dieser Maßnahmen verantwortlich (jeweiligen Träger angeben)?

Antwort:

Zu der Fragestellung liegen im Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur folgende Erkenntnisse vor:

1. Vorort-Projekte führten allgemeinbildende weiterführende Thüringer Schulen in Zusammenarbeit mit dem Anne Frank Zentrum e.V. (Berlin) zum Anne Frank Tag 2024 – Aktionstag gegen Antisemitismus und Rassismus durch. So wurde im vormaligen Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) vom 28. Mai bis 31. August 2024 eine Anne Frank-Ausstellung gezeigt, die vom damaligen Minister Helmut Holter im Beisein einer Schulklasse und in Anwesenheit eines Vertreters der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen eröffnet worden ist.

- 2. Thüringer Schulen erhielten die Ausschreibungsunterlagen für den Leo-Trepp-Schülerpreis 2023/2024.
- 3. Mit der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen führten Thüringer Schulen das Schulprojekt "Tacheles mit Simson" durch.
- 4. Im Schuljahr 2023/2024 nutzten Thüringer Schulen das Unterrichtsmaterial "Bilderkarten zur Gegenwart und Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland", herausgegeben vom Jüdischen Museum Frankfurt und von der UNE-SCO-Kommission Bonn.
- 5. Im Kalenderjahr 2024 fanden folgende eintägige Fahrten zu Thüringer Gedenkstätten und Erinnerungsorten der Opfer der NS-Diktatur von Thüringer Schulen im Rahmen des Lernens am anderen Ort (LaaO) statt, welche anteilig vom TMBJS unterstützt wurden:

Außerschulischer Lernort	Anzahl der Anträge	Anzahl Schülerin- nen und Schüler
Gedenkstätte Buchenwald	143	6.150
Gedenkstätte Mittelbau Dora	20	860
Erinnerungsort Topf und Söhne	17	577
Alte Synagoge Erfurt	37	1.829
Gedenkstätte Auschwitz	19	416

Zudem wurden 2024 mehrtägige Gedenkstättenprojekte von allgemein bildenden weiterführenden Schulen in Orten der nationalsozialistischen Vernichtung in der heutigen Republik Polen (Auschwitz-Birkenau, Majdanek, Treblinka, Sobibor, Belzec, Chelmno) durchgeführt. Die Projektfahrten wurden von der Bethe-Stiftung (Bergisch Gladbach) und vom TMBJS unterstützt.

Im Jahr 2024 besuchten Thüringer Lehrkräfte von allgemeinbildenden weiterführenden Schulen die Fortbildungsveranstaltungen des Thüringer Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM) zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Gedenkstättenfahrten zu Orten der nationalsozialistischen Vernichtung in der heutigen Republik Polen.

Die einzelnen Fortbildungsveranstaltungen des ThILLM im Jahr 2024 sind der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen (Auszug aus dem Fortbildungsangebot 2024):

1	Gedenkstättenfahrten zu ehemaligen Orten der Vernichtung in Polen - Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Schulprojekten, Kooperationsveranstaltung mit dem Erinnerungsort Topf und Söhne VA-Nr. 258200601 Datum: 18.01.2024, 09:30 - 15:00 Uhr
2	Die Anwendung des Beutelsbacher Konsens auf die Behandlung
	des Nahostkonflikts
	Prof. Dr. Andreas Petrik (Universität Halle)
	VA-Nr. 258201201
	Datum: Februar 2024
	Die Fortbildung wird sich mit der Frage beschäftigen, was der Beutelsbacher Konsens in der Schulpraxis bedeutet. Seit dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel stellt sich für viele Lehrkräfte erneut die Frage, ob und wie sie sich positionieren dürfen oder gar sollen. Dazu wird der Beutelsbacher Konsens auf den Nahostkonflikt angewendet und im Rahmen der Methode Konfliktanalyse dargelegt, wie man den hochemotionalen Konflikt systematisch im Unterricht behandeln kann. Dabei soll deutlich werden, dass sogenannte "Neutralität" niemals zu Indifferenz gegenüber antidemokratischen Bestrebungen führen darf, sondern im Gegenteil als Teil der wehrhaften Demokratie verstanden werden kann. Eine Lehrkraft darf zugleich eine eigene politische Position vertreten, muss die Vielfalt der demokratischen Positionen der Schülerinnen und Schüler fördern und klare Grenzen gegen antidemokratische Haltungen setzen.

Nr.

Thema

Der Nahostkonflikt auf Tik-Tok, Instagram und Co: Was junge Menschen in kurzen Videos über Israel, Judentum, Antisemitismus und den Hamas-Terror erfahren

VA-Nr. 258201101 Datum: 25.01.2024

Tobias Ebbrecht-Hartmann, Hebrew University Jerusalem

Schülerinnen und Schüler informieren sich über das Geschehen in der Welt vorrangig über soziale Medien. Um angemessen mit den Kindern und Jugendlichen innerhalb und außerhalb des Unterrichts über das Thema sprechen zu können, ist es für Pädagoginnen und Pädagogen unerlässlich zu wissen, aus welcher Art von Informationen, Bildern, Videos etc. die Schülerinnen und Schüler sich ihr Bild des Konflikts, des Hamas-Terrors vom 7. Oktober und der Reaktion Israels konstruieren und welcher Art Propaganda, Desinformation, Emotionalisierung etc. sie ausgesetzt sind.

4 Nationalsozialistische Bücherverbrennungen in Thüringen Kooperationsveranstaltung mit dem Erinnerungsort Topf und Söhne

VA-Nr. 258201001 Datum: 19.09.2024

Als vor 90 Jahren – am 10. Mai 1933 – tausende "undeutsche Bücher" von verbotenen und verfolgten Autorinnen und Autoren in Berlin und 22 deutschen Universitätsstädten auf öffentlichen Plätzen verbrannt wurden, hofften die Nationalsozialisten das freie Wort von Schriftstellern, Journalisten, Künstlern und Wissenschaftlern zum Schweigen zu bringen. Auch in Thüringen wurden von April bis November 1933 an elf Orten Scheiterhaufen errichtet. Dabei beteiligten sich in Thüringen und im damaligen preußischen Thüringen in sechs Orten auch maßgeblich die "Hitlerjugend" und der "Bund Deutscher Mädel", also Jugendorganisationen der Nazis, an Bücherverbrennungen. Die Indoktrinierung junger Menschen durch die Nationalsozialisten begann hier bereits im August 1932 – mit der NS-Machtübernahme in Thüringen. Parallel dazu beschloss die NS-Regierung Sauckel im Herbst 1932 die flächendeckende "Säuberung" aller kommunalen Büchereien von "undeutschen Büchern und Schriften".

5 Meine Familie war jüdisch

Kooperationsveranstaltung mit dem Erinnerungsort Topf und Söhne VA-Nr. 258200801

Termin: 21.03.2024

Gedenkstättenfahrten zu ehemaligen Orten der Vernichtung in Polen - Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Schulprojekten, Kooperationsveranstaltung mit dem Erinnerungsort Topf und Söhne

VA-Nr. 258200602

Datum: 05.09.2024, 09:30 - 15:00 Uhr

7 Das sind auch Menschen, die anderen – Antisemitismus, Miriams Tagebuch

Kooperationsveranstaltung mit dem Erinnerungsort Topf und Söhne

VA-Nr. 258200901 Datum: 02/2024

Der jüdischen und der palästinensischen Diaspora in Deutschland fällt es gerade unendlich schwer, Mitgefühl für die jeweils andere Seite zu haben. Dabei gibt es einiges, was beide verbindet - die Hilflosigkeit, die Angst und das historische Trauma.

8 Wie unterrichte ich den Holocaust?

Kooperationsveranstaltung mit der Stiftung Ettersberg

VA-Nr. 2582NN Datum: N.N.

Die Beschäftigung mit dem Holocaust im Schulunterricht stellt Lehrer*innen und Schüler*innen gleichermaßen vor große Herausforderungen. Erstens sind die Reduktion von Komplexität und die Konzentration auf das Wesentliche als Voraussetzungen für die Vermittlung im Schulunterricht eine große Herausforderung, da der komplexe Entscheidungsprozess, der zum Holocaust führte, und die Vielfalt von Akteuren und Schauplätzen in ganz Europa kaum adäquat darzustellen sind. Zweitens wirft die Beschäftigung mit einem Verbrechen, dem sechs Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind und einen Zivilisationsbruch darstellt, höchst beunruhigende Fragen über den Zusammenhalt einer Gesellschaft auf und ist eine emotionale Belastung für alle Beteiligten. Die Fortbildung "Wie unterrichte ich den Holocaust?" greift diese Herausforderungen auf und stellt zwei zentrale Fragen in den Mittelpunkt: Was unterrichte ich und wie unterrichte ich dies, um dem Thema und den Schüler*innen gerecht zu werden?

Mit freundlichen Grüßen in Vertretung

gez. Andreas Bausewein (ohne Unterschrift, da elektronisch erstellt)

Landespolizeiinspektion Erfurt

Deliktsbezeichnung	Delikt	Monat												
;		01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	
Beleidigung	§ 185 StGB		1											
Gemeinschädliche Sachbeschädigung	§ 304 StGB										1			
Körperverletzung	§ 223 StGB				1									
Sachbeschädigung	§ 303 StGB								1					
Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	§ 86a StGB		1	1										
Volksverhetzung	§ 130 StGB	4	2	3	5	2	1	2	2	3	5	2	3	

Landespolizeiinspektion Gera

Deliktsbezeichnung	Delikt	Monat											
		01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12
Bedrohung	§ 241 StGB										1		
Beleidigung	§ 185 StGB							1					
Belohnung und Billigung von Straftaten	§ 140 StGB				1					1			
Diebstahl	§ 242 StGB											1	
Sachbeschädigung	§ 303 StGB			1									
Verhetzende Beleidigung	§ 192a StGB							1					

Deliktsbezeichnung	Delikt		Monat										
		01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12
Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	§ 86a StGB	1											
Volksverhetzung	§ 130 StGB	2	2	5	2	5		4	1		1		

Landespolizeiinspektion Gotha

Deliktsbezeichnung	Delikt	t Monat												
		01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	
Beleidigung	§ 185 StGB										1			
Sachbeschädigung	§ 303 StGB									1				
Verhetzende Beleidigung	§ 192a StGB		1											
Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	§ 86a StGB		1	1										
Volksverhetzung	§ 130 StGB		4	2	2		2	2		1	1	1	2	
Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	§ 113 StGB							1						
Bildung terroristischer Vereinigungen	§ 129a StGB							1						

Landespolizeiinspektion Jena

Deliktsbezeichnung	Delikt					•	Мс	nat					
		01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12
Bedrohung	§ 241 StGB					1		1					
Beleidigung	§ 185 StGB	1								1			
Besonders schwerer Fall des Diebstahls	§ 243 StGB										1		
Diebstahl	§ 242 StGB			1									
Gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung	§ 188 StGB					1							
Körperverletzung	§ 223 StGB			1									
Raub	§ 249 StGB					1							
Sachbeschädigung	§ 303 StGB				1	2	1	1	5	1	1	4	1
Verhetzende Beleidigung	§ 192a StGB							1				1	
Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	§ 86a StGB										1		1
Volksverhetzung	§ 130 StGB	3	1	2	3	5	7	4	6	4	5	5	3
Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	§ 113 StGB				1								

Landespolizeiinspektion Nordhausen

Deliktsbezeichnung	Delikt	Monat											
		01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12
Gemeinschädliche Sachbeschädigung	§ 304 StGB		1						1			1	
Sachbeschädigung	§ 303 StGB				1			1					
Störung der Totenruhe	§ 168 StGB				1							1	
Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	§ 86a StGB	1	1										
Volksverhetzung	§ 130 StGB		3	3	2	1		1	2			1	

Landespolizeiinspektion Saalfeld

Deliktsbezeichnung	Delikt				Monat									
		01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12	
Beleidigung	§ 185 StGB						1							
Gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung	§ 188 StGB										1			
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	§ 111 StGB					1								
Sachbeschädigung	§ 303 StGB												1	
Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	§ 86a StGB	1												
Volksverhetzung	§ 130 StGB	1	1	3		2	2		1	1				

Landespolizeiinspektion Suhl

Deliktsbezeichnung	Delikt	Monat											
		01	02	03	04	05	06	07	08	09	10	11	12
Sachbeschädigung	§ 303 StGB					1						1	1
Verhetzende Beleidigung	§ 192a StGB				-						1		
Volksverhetzung	§ 130 StGB	1	2	1	1	1	2				2	1	

Landespolizeiinspektion Erfurt

Deliktsbezeichnung	Delikt	Tatverdächtige	Staatsangehörigkeit	Altersgruppe
Beleidigung	§ 185 StGB	1	1 x deutsch	1 x Erwachsene/r
Körperverletzung	§ 223 StGB	1	1 x deutsch	1 x Heranwachsende/r
Volksverhetzung	§ 130 StGB	34	33 x deutsch 1 x bulgarisch	9 x Jugendliche 4 x Heranwachsende 21 x Erwachsene

Landespolizeiinspektion Gera

Deliktsbezeichnung	Delikt	Tatverdächtige	Staatsangehörigkeit	Altersgruppe
Belohnung und Billigung von Straftaten	§ 140 StGB	2	2 x deutsch	2 x Erwachsene
Volksverhetzung	§ 130 StGB	15	13 x deutsch 1 x polnisch 1 x ukrainisch	3 x Jugendliche 12 x Erwachsene

Landespolizeiinspektion Gotha

Deliktsbezeichnung	Delikt	Tatverdächtige	Staatsangehörigkeit	Altersgruppe
Beleidigung	§ 185 StGB	1	1 x deutsch	1 x Erwachsene/r
Verhetzende Beleidigung	§ 192a StGB	1	1 x deutsch	1 x Erwachsene/r
Volksverhetzung	§ 130 StGB	10	10 x deutsch	3 x Jugendliche 1 x Heranwachsende/r 6 x Erwachsene
Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	§ 113 StGB	1	1 x deutsch	1 x Erwachsene/r
Bildung terroristischer Vereinigungen	§ 129a StGB	1	1 x deutsch	1 x Erwachsene/r

Landespolizeiinspektion Jena

Deliktsbezeichnung	Delikt	Tatverdächtige	Staatsangehörigkeit	Altersgruppe
Bedrohung	§ 241 StGB	1	1 x deutsch	1 x Heranwachsende/r
Gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung	§ 188 StGB	1	1 x deutsch	1 x Erwachsene/r
Körperverletzung	§ 223 StGB	1.	1 x deutsch	1 x Heranwachsende/r
Raub	§ 249 StGB	4	4 x deutsch	4 x Erwachsene
Verhetzende Beleidigung	§ 192a StGB	1	1 x deutsch	1 x Erwachsene/r
Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	§ 86a StGB	1	1 x staatenlos ¹	1 x Erwachsene/r
Volksverhetzung	§ 130 StGB	30	28 x deutsch 1 x polnisch 1 x somalisch	4 x Jugendliche 4 x Heranwachsende 22 x Erwachsene
Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	§ 113 StGB	1	1 x deutsch	1 x Heranwachsende/r

Landespolizeiinspektion Nordhausen

Deliktsbezeichnung	Delikt	Tatverdächtige	Staatsangehörigkeit	Altersgruppe
Störung der Totenruhe	§ 168 StGB	3	3 x deutsch	2 x Jugendliche 1 x Heranwachsende/r
Volksverhetzung	§ 130 StGB	9	9 x deutsch	1 x Kind 1 x Jugendliche/r 1 x Heranwachsende/r 6 x Erwachsene

¹ palästinensische Volkszugehörigkeit

Landespolizeiinspektion Saalfeld

Deliktsbezeichnung	Delikt	Tatverdächtige	Staatsangehörigkeit	Altersgruppe
Beleidigung	§ 185 StGB	4	4 x deutsch	2 x Kinder 2 x Jugendliche
Gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung	§ 188 StGB	1	1 x deutsch	1 x Erwachsene/r
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	§ 111 StGB	1	1 x deutsch	1 x Erwachsene/r
Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen	§ 86a StGB	1	1 x deutsch	1 x Erwachsene/r
Volksverhetzung	§ 130 StGB	9	8 x deutsch 1 x ukrainisch	2 x Jugendliche 7 x Erwachsene

Landespolizeiinspektion Suhl

Deliktsbezeichnung	Delikt	Tatverdächtige	Staatsangehörigkeit	Altersgruppe
Sachbeschädigung	§ 303 StGB	1	1 x deutsch	1 x Erwachsene/r
Volksverhetzung	§ 130 StGB	8	8 x deutsch	2 x Heranwachsende 6 x Erwachsene

Landtag Blasius, Marco

Von:

TMIKL Greyer, Ute <Ute.Greyer@tmikl.thueringen.de> im Auftrag von

TMIKL Kabinett-Landtag < Kabinett-Landtag@tmikl.thueringen.de>

Gesendet:

Freitag, 18. Juli 2025 09:57

An:

Landtag Druckerei; Landtag Poststelle; TSK Boek, Daniela

Betreff:

Kleine Anfrage Nr. 843

Anlagen:

843 AE.docx; 843 Anlage 1.docx.pdf; 843 Anlage 2.docx.pdf; 843

AE.docx.pdf

Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag

Ute Greyer Bürosachbearbeiterin

THÜRINGER MINISTERIUM FÜR INNERES, KOMMUNALES UND LANDESENTWICKLUNG, Referat M4 I Kabinett/Landtag Steigerstraße 24 I 99096 Erfurt I Postfach 900131 I 99104 Erfurt

Tel: +49 (0) 361 57 3313-211 I Fax: +49 (0) 361 573313-223 www.thueringen.de • Ute.Greyer@tmikl.thueringen.de Informationen zum Umgang mit Ihren Daten im Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales finden Sie im Internet unter http://www.thueringen.de/th3/tmik/datenschutz/index.aspx Auf Wunsch übersenden wir Ihnen eine Papierfassung.

